

Analyse des Schleswig-Holsteiner Koalitionsvertrag aus europapolitischer Sicht

Zusammenfassende Bewertung:

- Klare positive Positionierung zu Europa und insofern im Einklang mit den Positionen der Piraten http://wiki.piratenpartei.de/AG_Europa/Programm
- Allerdings ist festzuhalten, dass nicht formuliert wird, was gemeint ist, wenn von "sich auf europäischer Ebene einsetzen" die Rede ist. Wo und wie setzt man sich ein? Durch Lobbying? Im Ausschuss der Regionen? In wie weit kann der SH-Landtag die europäische Politik beeinflussen?
- Positive Ansätze zur verbesserten Bürgerbeteiligung und Transparenz

Nachfolgend nehmen wir zu einzelnen Passagen Stellung.

Kommentierte Zitate:

- Zeilen 490-495

Die Schwerpunktsetzung des Landes wird sich in den Förderprogrammen widerspiegeln, die zu Gunsten der vereinbarten Leitlinien umgestaltet werden. EU - Mittel werden nur ausgeschöpft, wenn sie nachweisbar den angestrebten Zielen dienen. Die Kofinanzierungen europäischer Förderprogramme werden, soweit sinnvoll und möglich, auf Darlehen oder auf private Kofinanzierungen umgestellt. Ein revolvierender Fonds wird aufgebaut. Alle Förderprogramme werden im Haushalt transparent dargestellt.

Wir vermuten, dass das "Abgreifen" von EU-Förderungen für als sinnlos eingestufte Projekte zurückgefahren werden soll. Insgesamt ist dieser Abschnitt etwas schwammig formuliert. Bei privater Kofinanzierung besteht stets die Problematik der gesellschaftlichen Partizipation und der übermäßigen Vertretung von Interessen des privaten Finanziers ggü. anderen Stakeholdern. Aus welchem Geld wird der erwähnte Fonds zusammengestellt?

- Zeilen 1326-1514

IV.4 Europa

Unser Ziel ist ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa. Die Landesregierung unterstützt eine verbindliche gemeinsame, demokratisch abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der Europäischen Union, wobei die Mitwirkung und Kontrolle durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gesichert und die Einflussmöglichkeiten der Regionen beibehalten werden müssen. Die neue Landesregierung wird sich für die Einberufung eines neuen Europäischen Konvents zur Weiterentwicklung der europäischen Verträge einsetzen.

Klingt gut, insbesondere das Engagement für einen neuen europäischen Konvent. Das ist im Sinne von Q065 http://wiki.piratenpartei.de/AG_Europa/Programm

Der Rest von IV.4 wird ohne Zitat kommentiert, da sich fast alles darin um Europa dreht.

IV.4.1 Strukturfonds

Klingt gut, in Teile sogar recht "piratig", da der LEADER-Ansatz eine hohe Beteiligung der lokalen Akteure und somit der Bürger bedeutet. Allerdings scheint es ein Widerspruch zu geben: der "Subventionswettbewerb" soll "eingedämmt" und gleichzeitig die "europäischen Gelder" "weitgehend [ausgeschöpft]" werden.

IV.4 .2 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Grenzüberschreitende Barrieren sollen abgebaut und grenzüberschreitende Projekte gefördert werden wie zum Beispiel grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsräume. Die Bewerbung einer Stadt (Sønderborg) in einem benachbarten EU-Land wird unterstützt -> Europäische Integration wird lokal voran getrieben. Gut!

IV.4 .3 Europafähigkeit des Landes

Klingt soweit gut, insbesondere die angestrebte Transparenz der Kommunikation zwischen Regierung und Fraktionen. Schade, dass da nicht ins Detail gegangen wird.

Für uns unklar ist die Bedeutung des Satzes: "Wir wollen prüfen, ob und wie weit eine Bindung der Landesregierung an Beschlüsse des Parlamentes in europa- und bundespolitischen Angelegenheiten in die Verfassung aufgenommen werden kann." Wann ist so ein Beschluss nicht bindend?

IV.4 .6 Schleswig - Holstein in Europa

Thema Flüchtlinge & Asylsuchende: "einheitliche Asylpolitik" für Europa klingt zwar gut, ist aber sehr pauschal formuliert. Auch hier wird leider nicht ins Detail gegangen, geschweige denn werden Vorgaben oder klare Aufnahmekriterien formuliert. Eine Absage an Aussetzung des Schengen-Abkommen ist gut.

Die allgemeine Richtung des Absatzes zur Atomenergie und erneuerbaren Energien ist positiv aufzunehmen, wobei die Landesregierung eine sehr begrenzte Handhabe auf den EURATOM-Vertrag hat, da dieser nur völkerrechtlich von allen Mitgliedstaaten entweder gemeinschaftlich neu aufgesetzt oder außer Kraft gesetzt werden könnte.

Die Mittel vom Forschungsrahmenprogramm werden durch eine EU-Richtlinie verteilt, auch da stellt sich die Frage, wie die Koalition Einfluss nehmen will. Vermutlich Lobbying.

Der Absatz ist insofern angreifbar, als dass man etwas erreichen möchte (weniger/keine Atomförderung, Förderung von erneuerbaren Energien) aber die Umsetzung von jemand anders erwarte, nämlich von der EU oder der Staatengemeinschaft.

Das Hanse-Office ist Lokalpolitik und außerhalb unserer Kompetenz.

Zeilen 1535-1541, 1569-1571

V.1 Energiewende

Wir unterstützen die Energiewende und alle klima- und energiepolitischen Ziele auf EU- und Bundesebene. Wir wollen auch in Schleswig-Holstein eine Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 und um 80-95 Prozent bis 2050 erreichen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Verschärfung des Klimaziels auf eine Reduzierung der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990. Wir werden dazu ein Klimaschutzgesetz verabschieden. Um die Energie- und Klimaziele zu erreichen, halten wir am Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft fest.

Hier wird behauptet, die Landesregierung könne mit einem Klimaschutzgesetz die europäische Klimapolitik beeinflussen. Wie soll das gehen? Vielleicht nur missverständlich ausgedrückt.

Auf Bundes- und Europaebene setzen wir uns für eine anspruchsvolle Energieeffizienzpolitik ein. Unter anderem unterstützen wir die EU-Effizienzrichtlinie in der vom EU-Parlament verabschiedeten Version und fordern die Bundesregierung auf, dies auch zu tun.

Die erwähnte EU-Effizienzrichtlinie ist wohl diese <http://www.bhkw-jetzt.de/politik-recht/eu-effizienzrichtlinie/>. Der bisherige Vorschlag der Regierung http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ergebnispapier__eu-effizienzrichtlinie.pdf ist in der Form in der Tat abzulehnen und der Vorschlag des Parlaments <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0370:FIN:DE:PDF> zu befürworten. Grund: der Vorschlag der Regierung stellt ein Schlupfloch für mehr Energieverbrauch dar, da auch eine Effizienzsteigerung als Erreichen der Ziele gelten würde (im Gegensatz zu einer reinen Senkung, wie im Parlamentsvorschlag vorgesehen).

Zeilen 1640-1649

V.1.4 Planung

Wir werden die laufende Förderperiode der Strukturfonds dazu nutzen, um im Rahmen der verbleibenden Spielräume verstärkt Energie- und Klimaschutzförderungen umzusetzen. In der Folgeperiode der Strukturfondsförderungen ab 2014 werden wir neben Bildung konsequent den Schwerpunkt auf Energiewende und Klimaschutz legen. Wir wollen bei den Ausgaben für Energiewende und Klimaschutz in den Programmen zur Wirtschaftsförderung (EFRE) und zum ländlichen Raum (ELER) deutlich über die Zielvorgaben der Europäischen Kommission hinausgehen. Interregprogramme werden wir verstärkt für die Energiewende einsetzen. Insbesondere werden wir bei geförderten Baumaßnahmen und für Landesliegenschaften einen um 20 bis 30 Prozent erhöhten Standard gegenüber der geltenden Energieeinspeisevergütung zugrunde legen.

Klingt alles super, es stellt sich nur die Frage der Finanzierung.

Zeilen 1833-1840

Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden, wollen wir das jetzige System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und in Teilen effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der Zusammenarbeit Bund/Länder/Europa zu optimieren. Auf nationaler und europäischer Ebene wollen wir uns für eine transparente verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Produkten einsetzen. Wir wollen die Sicherheit von Spielzeug und anderen Produkten durch anspruchsvolle Grenzwerte und qualitätsgesicherte Zertifizierung erhöhen. Bei nicht ausreichenden EU - Normen streben wir eigene höhere Standards an.

Klingt gut, wenn auch nicht gerade begeistert europäisch. Warum nicht sich auf gute Standards für ganz Europa konzentrieren? Da zusätzliche, höhere Standards auch keine Schranken im europäischen Binnenmarkt aufbauen dürfen, sind deren Tragweite auch zu relativieren.

Zeilen 2237-2239

VII.3 Innenpolitik

Die Vorratsdatenspeicherung ist ein hochproblematischer Eingriff in die Grundrechte. Deshalb werden wir uns auf Europa- und Bundesebene im Bundesrat und der Innenministerkonferenz gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung einsetzen.

Begrüßenswert, auch hier stellt sich die Frage der Umsetzung, denn das würde eine neue Richtlinie bedeuten, und diese muss von der EU-Kommission angestoßen werden. Ein Blockieren des Gesetzes im Bundesrat würde nur zu einer weiteren Verurteilung Deutschlands führen.

Aus dem Anhang:

Seite 2: EU-Mittel

Die Landesregierung wird die zur Verfügung stehenden europäischen Finanzierungstöpfe (ESF, ELER) zugunsten von Schulsozialarbeit, von Ganztagschulen und Kindertagesstätten im ländlichen Raum und anderen Projekten so weit wie möglich ausschöpfen.

Klingt gut und umsetzbar.

Seite 10: Hochschulbau

Das Land wird europäische Mittel für den Hochschulbau, besonders für die energetische Sanierung, einwerben. Das Land beabsichtigt, die ihm ab 2013 aus den Kompensationsmitteln für die GA Hochschulbau zur Verfügung stehenden Mittel zweckgebunden für den Hochschulbau zu erhalten.

Klingt gut, wenn der Bedarf tatsächlich besteht.